

Medienmitteilung, 21. März 2018

Steuervorlage 17

Botschaft des Bundesrates: Familienunternehmen wehren sich gegen massive Mehrbelastung

(Zürich) Der Bundesrat hat heute die Botschaft zur Steuervorlage 17 (SV17) an das eidgenössische Parlament überwiesen. Für Swiss Family Business ist klar: Diese Vorlage ist nicht mehrheitsfähig. Der Bundesrat hält an der einseitigen Finanzierung auf Kosten der Familienunternehmen fest, obwohl sich im Rahmen der Vernehmlassung mehr als 31 Kantone, Parteien, Verbände und Organisationen gegen die Benachteiligung der Familienunternehmen und für eine föderale Umsetzung der SV17 ausgesprochen haben. Die Resultate der jüngst unter den Familienunternehmen durchgeführten Umfrage zeigen mit aller Deutlichkeit auf: Die Familienunternehmen rechnen mit einer massiven Mehrbelastung durch die SV17 und werden sich gegen diese zur Wehr setzen, notfalls mit einem Referendum.

Die Notwendigkeit der SV17 ist unbestritten. Der Handlungsbedarf hat sich durch den internationalen Trend zur Senkung der Unternehmenssteuern – unter anderem in den USA und in mehreren europäischen Staaten – noch verstärkt. Die Schweiz braucht eine zügige Reform der Unternehmensbesteuerung, will sie auch zukünftig als Unternehmensstandort attraktiv bleiben. Das setzt voraus, dass die Vorlage mehrheitsfähig ist: Die bundesrätliche Vorlage verfehlt dieses Ziel jedoch meilenweit.

Die Mehrbelastung für Familienunternehmen und KMU als Totengräber der Vorlage

Die vorliegende Botschaft ist nicht mehrheitsfähig: Die Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf kantonaler und eidgenössischer Ebene auf 70 Prozent für qualifizierte Beteiligungen, die in erster Linie die Familienunternehmen trifft, führt zu Mehreinnahmen im Umfang von rund 435 Millionen Franken bei Kantonen und Bund. Es ist das einzige Element der Vorlage, mit dem wesentliche Mehreinnahmen generiert werden sollen.

Damit wird die SV17 ausschliesslich auf dem Buckel der Familienunternehmen finanziert – ein komplett unverständliches Vorgehen. Dieser Ansicht sind auch weitere zahlreiche und namhafte Akteure, darunter der Schweizerische Gewerbeverband, Economiesuisse, Swissmem, FDP, SVP und BDP. Sie lehnten in ihren Vernehmlassungsantworten die Erhöhung und die Zwangsvereinheitlichung der Dividendenbesteuerung dezidiert ab und forderten eine föderale Umsetzung der Steuerreform, die den Kantonen den nötigen Spielraum für massgeschneiderte Lösungen lässt. Auch die völlig sachfremde Erhöhung der Kinderzulagen muss vom Parlament aus der Vorlage gestrichen werden. Sollte die Benachteiligung der Familienunternehmen und KMU durch die SV17 nach der parlamentarischen Beratung bestehen bleiben, wird für Swiss Family Business das Referendum gegen die Vorlage zur politischen Notwendigkeit.

Umfrage¹ zeigt: Familienunternehmen rechnen mit einer massiven Mehrbelastung

Eine von Swiss Family Business unter Familienunternehmen durchgeführte Umfrage zeigt mit aller Deutlichkeit die negativen Auswirkungen der Vorlage für Familienunternehmen auf. So erachten über 90% der befragten Familienunternehmen die auf Stufe Bund geplante Erhöhung der Dividendenbesteuerung von 60% auf 70% als negativ oder sehr negativ. Die landesweite Zwangsvereinheitlichung der kantonalen Dividendenbesteuerung auf mindestens 70% beurteilten ebenfalls über 90% der befragten Unternehmen als negativ oder sehr negativ. Gleichzeitig bezeichnen rund 90% die aktuelle Teilbesteuerung von Dividenden als wichtig oder sehr wichtig. Dies zeigt: Die Haltung der Familienunternehmen darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Bei der Teilbesteuerung von Dividenden handelt es sich um ein zentrales und berechtigtes Anliegen von Familienunternehmen und KMU: Es geht darum, die wirtschaftliche Doppelbelastung von Einkommen und Gewinn zu mildern.

Insgesamt schätzen die Familienunternehmen ihre steuerliche Mehrbelastung aufgrund der aktuellen Vorlage auf durchschnittlich 20%. Als direkte Folge davon erwägen rund 45% aufgrund der anfallenden Mehrbelastung eine Reduktion der Investitionen in Mitarbeiter und Infrastruktur. Dies schwächt längerfristig die

¹ Die Umfrage wurde unter den Mitgliedern von Swiss Family Business durchgeführt. Es beteiligten sich insgesamt 47 Familienunternehmen.

Unternehmen. Ein Drittel der Unternehmer erwägt ferner eine Verlegung des Wohnsitzes in einen anderen Kanton, ein Viertel gar die Verlagerung des Firmenstandortes in einen anderen Kanton, um die Gesamtsteuerbelastung wieder auf ein für das Familienunternehmen erträgliches Mass zu reduzieren. Weitere Informationen zur Umfrage im beiliegendem Faktenblatt.

Laut dem Co-Präsidenten von Swiss Family Business, Dr. Hans-Jörg Bertschi, zeigt die Umfrage, dass die bundesrätliche Vorlage korrigiert werden muss: «Jahrelang profitierten die internationalen Statusgesellschaften von Steuerprivilegien. Da dies international nicht mehr akzeptiert ist, wird eine Reform der Unternehmenssteuern nötig. Und nun sollen die Konzerne schon wieder Vorteile erhalten, die wir Familienunternehmen über eine zusätzliche Steuerbelastung bezahlen sollen? Diese Politik auf Kosten der Familienunternehmen und KMU muss gestoppt werden.»

Anpassungen an SV17 sind notwendig: Mehr Gestaltungsspielraum für die Kantone!

Um den Interessen der Kantone und ihren spezifischen Volkswirtschaften gerecht zu werden, fordert Swiss Family Business vom eidgenössischen Parlament entsprechende Anpassungen am Gesetzesentwurf. Kantone sollen frei bestimmen können, welche konkreten Massnahmen sie umsetzen und auf welche sie verzichten wollen. Es geht nicht an, dass in der SV17 kantonale Belastungen obligatorisch, Entlastungen aber fakultativ sind. Insbesondere sollen die Kantone in der Festlegung der Höhe der Teilbesteuerung von Dividenden bei qualifizierten Beteiligungen wie bisher frei sein, genauso, wie die Kantone auch in der Festlegung der kantonalen Gewinnsteuersätze frei sind. Nur so kann die Steuerreform den Interessen der Kantone und ihren unterschiedlichen Volkswirtschaften gerecht werden. Auf die vom Bund verordnete Erhöhung der kantonalen Dividendenbesteuerung ist daher zu verzichten. Auch die sachfremde Erhöhung der Kinderzulagen ist zu streichen.

Über Swiss Family Business

Swiss Family Business ist eine Plattform von familien- und inhabergeführten Unternehmen. Als Interessenorganisation vertritt sie gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, den Behörden und der Öffentlichkeit die Anliegen von Familienunternehmen. Swiss Family Business ist aus der „Unternehmergruppe NEIN zur Bundeserbschaftssteuer“ hervorgegangen.

Der Vorstand von Swiss Family Business setzt sich aus den folgenden Unternehmerinnen und Unternehmern zusammen: **Dr. Hans-Jörg Bertschi (CEO und Präsident des Verwaltungsrates, Bertschi AG, Dürrenäsch AG), Klaus Endress (Präsident des Verwaltungsrates, Endress+Hauser AG, Reinach BL), Ständerat Peter Föhn (Präsident des Verwaltungsrates, Möbelfabrik Betschart AG, Muotathal), Luc Frutiger (CEO und Delegierter des Verwaltungsrates, Frutiger AG, Thun), Annette Heimlicher (CEO und Verwaltungsrat, Contrinex AG, Givisiez FR), Dr. Daniel Heller (Partner, Farner Consulting AG, Zürich), Thomas Isler (Präsident des Verwaltungsrates, Gessner Holding AG, Wädenswil ZH), Nationalrätin Magdalena Martullo (Vizepräsidentin und Delegierte des Verwaltungsrates, EMS Chemie Holding, Ems GR), Dr. Roy Nussbaum (CEO und Verwaltungsrat, R. Nussbaum AG, Olten SO), Nationalrat Fabio Regazzi (Präsident des Verwaltungsrates, Regazzi Holding SA, Gordola TI), Beat M. Schelling (Präsident des Verwaltungsrates, Schelling AG, Rapperswil AG), Nationalrat Peter Schilliger (Vorsitzender der Geschäftsleitung und Präsident des Verwaltungsrates, Herzog Haustechnik AG, Luzern), Dr. Hans-Martin Schneeberger (CEO und Präsident des Verwaltungsrates, Schneeberger Holding AG, Roggwil BE), Franziska Tschudi Sauber (CEO und Delegierte des Verwaltungsrates, Wicor Holding AG, Rapperswil SG), Dieter Weber (Partner, Tax Partner AG, Zürich), Dr. Hans-Peter Zehnder (CEO und Präsident des Verwaltungsrates, Zehnder Group AG, Gränichen AG).**

Swiss Family Business zählt heute über 340 Mitglieder aus der ganzen Schweiz. Weiterführende Informationen zu Swiss Family Business finden Sie auf unserer Website.

Kontakt

Swiss Family Business
Ivan Jäggi, Geschäftsführer
Postfach 2407
CH-8024 Zürich

Telefon +41 44 266 67 47
E-Mail: info@swiss-family-business.ch
Facebook: <https://www.facebook.com/swissfamilybusiness>;
Twitter: https://twitter.com/SFB_CH